



Ramelow im Interview

Thüringens Ministerpräsident über seine Wirtschaftspolitik. Seite 3

Foto: dpa/Michael Reichel

TTIP im EU-Parlament

Abgeordnete stimmen über Resolution zum Freihandelsabkommen ab. Seite 16

Handke im Traum

Weltweite im Straßengraben. Herrliche Weglosigkeit. Seite 13

Foto: photocase/phot-fine-art

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 8. Juli 2015

70. Jahrgang/Nr. 156

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Absurde Erbschaftsteuer

Kurt Stenger über deutsche Reformunfähigkeit

Die Wirtschaftslobbyisten haben mal wieder ganze Arbeit geleistet: Die gewaltigen Steuerrabatte für Firmenerben sollen weitgehend erhalten bleiben. So zumindest hat es die schwarz-rote Koalition beschlossen, obwohl sowohl CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble als auch die SPD eigentlich strengere Regeln wollten. Es setzten sich die unternehmensnahen Kräfte durch – dank des von der PR-Maschinerie in Umlauf gebrachten Totschlagargumentes, dass ansonsten die meisten vererbten Firmen vom Finanzamt in den Konkurs getrieben werden. Dabei konnten die Lobbyisten kein einziges Beispiel dafür anführen, obwohl früher ja auch mal weit höhere Erbschaftsteuern in Deutschland fällig waren. Damals wurden Pleiten durch Stundungsregeln vermieden. Es zahlte also der, der es sich leisten konnte.

Seit einigen Jahren lautet allerdings die Regel, wenn Firmenvermögen vererbt wird: Damit es nicht den Falschen trifft, muss praktisch keiner zahlen. Und daran soll sich, so plant es jedenfalls die Koalition, im Grundsatz auch nichts ändern, obwohl dies das Steuersystem eigentlich ad absurdum führt. Darauf hatten ja die Verfassungsrichter hingewiesen, die in einem Urteil die Regierung ultimativ zu einer Neuregelung aufgefordert hatten. Doch die Regierung scheint lieber mit dem Grundgesetz in Konflikt geraten zu wollen als mit der Wirtschaft. Das Land der Familienunternehmen und Unternehmerfamilien ist an dieser Stelle reformunfähig, wenn nicht sogar reformunwillig.

UNTEN LINKS

Zwölfmal ist Deutschland in den letzten 15 Jahren einem terroristischen Anschlag entgangen, beinahe jährlich einem. Das hat Thomas de Maizière vor dem Bundesverfassungsgericht vorgetragen, als großen Erfolg des Bundeskriminalamtes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und sowieso des Bundesministers des Inneren. Aber es ist auch ein Erfolg des Bundes zur regelfreien Anwendung der Grundrechenarten. Schließlich verdanken all diese terroristischen Anschläge ihre Existenz als nichtverübte terroristische Anschläge außer der Verachtung von Grundrechten auch der Verachtung der Grundrechenarten. Der Minister erwähnte dies nicht extra, doch ist die Statistik nicht eingetretener Katastrophen viel komplizierter als die der eingetretenen. Wir hoffen bald auf eine Statistik nicht gehaltener Reden, nicht eingehaltener Wahlversprechen oder nicht gebrochener Politikerknöchel. Womöglich braucht es am Ende gar mehr als die Verletzung von nur vier Grundrechenarten. uka

Affront gegen Genozidopfer

Bundespräsidialamt fertigt hochrangige namibische Delegation am Eingang ab



Die Entschuldigung für den Völkermord steht weiter aus: Herero-Familie

Foto: akg-images/Lori Waselchuk

Berlin. Es ist beschämend: Trotz Voranmeldung waren weder Bundespräsident Joachim Gauck noch das Bundespräsidialamt dazu bereit, die Nachfahren der Genozidopfer aus Namibia am Montag zu empfangen. Ida Hoffmann, Mitglied im namibischen Parlament und Vertreterin der Nama: »Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass wir trotz Ankündigung unseres Besuchs vom Bundespräsidenten nicht einmal hineingebeten und schon am Eingangstor abgefertigt wurden. Geht man so mit den Nachfahren von Opfern eines Genozids um? Ich sorge mich sehr um die namibisch-deutschen Beziehungen: Die herablassende

Haltung des deutschen Staates ist heute leider erneut deutlich geworden – wir werden sehen, wie die namibische Regierung darauf reagiert, dass ihre Bürgerinnen und Bürger hier derart behandelt werden. Unser Dank gilt den Organisatoren des Appells in Deutschland, der ohne Zweifel einen Durchbruch darstellt.«

In dem Appell rufen das Bündnis »Völkermord verjährt nicht!«, mehr als 150 prominente Erstunterzeichner*innen aus Wissenschaft und Politik, Kirche, Kultur und Black Community sowie fast 50 Nichtregierungsorganisationen den Bundespräsidenten, den Bundestag und die Bundesregierung dazu auf,

zum 100. Jahrestag des Endes von »Deutsch-Südwestafrika« am 9. Juli 2015 endlich auch den Völkermord an den OvaHerero und Nama beim Namen zu nennen. Außerdem drängen die Unterzeichnenden auf eine offizielle Entschuldigung, zur Rückgabe der vielen für rassistische Forschungen geraubten menschlichen Überreste aus Afrika und zur direkten Einbeziehung der OvaHerero und Nama in die Verhandlungen über geeignete Versöhnungsmaßnahmen.

Die Vereinten Nationen haben den Genozid an den Herero und Nama bereits 1948 als solchen anerkannt. ml Seite 5

Athen stellt neuen Antrag auf ESM-Gelder

Krisen-Diplomatie nach dem Referendum / Namhafte Ökonomen fordern Merkel zu Kurswechsel auf

Mit einem neuen Antrag auf Gelder aus dem Rettungsfonds ESM will Griechenland eine Einigung im Streit mit den Gläubigern erreichen. Bis dahin geht die Krisen-Diplomatie weiter.

Von Vincent Körner

»Momentan wird die griechische Regierung dazu gedrängt, sich einen Revolver an die Schläfe zu halten und abzurücken.« So steht es in einem Offenen Brief namhafter Ökonomen, über den der »Tagesspiegel« berichtet und den unter anderem Thomas Piketty, Jeffrey D. Sachs und Heiner Flassbeck unterzeichnet haben. »Doch mit der Kugel wird nicht nur Griechenlands Zukunft in Europa getötet. Die Kollateralschäden werden auch die Eurozone als Leuchtturm von Hoffnung, Demokratie und Wohlstand zerstören.«

Was als Appell an Kanzlerin Angela Merkel gedacht ist, wurde am Dienstag zur Begleitmusik der Kri-

sen-Diplomatie, die seit dem deutlichen Nein der Griechen beim Referendum über die Gläubigerpolitik läuft. Bei einem Sondertreffen der Finanzminister der Eurozone am Nachmittag hatte man dem neuen griechischen Ressortchef Ekklidis Tsakalotos klargemacht, dass ein neuer Antrag auf Kredite aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM nötig sei. Zwar hatte Premier Alexis Tsipras bereits in der vergangenen Woche und noch vor dem Referendum um Gelder aus dem ESM in Höhe von 29 Milliarden Euro gebeten. Dieser Antrag müsse nun aber überarbeitet werden – dies wird wohl bis Mittwoch dauern. Danach könnte eine Telefonkonferenz der Minister den Prozess der Prüfung des Antrags eröffnen.

Damit war kurz vor Beginn des EU-Sondergipfels am Dienstagabend auch offen, ob und worüber dort entschieden werden könne. Unmittelbar vor der Runde der Regierungschefs wollten sich Mer-

kel, Tsipras und Frankreichs Präsident François Hollande zusammenkommen. Die Regierung in Paris hatte am Dienstag signalisiert, dass auch Umschuldung für Griechenland »kein Tabuthema«

»Niemand darf die Griechen hinauswerfen wollen.«

Jean-Claude Juncker

sein dürfe, wie es Premierminister Manuel Valls formulierte. Berlin ist strikt gegen eine Schuldenerleichterung, diese gehört aber zu den Kernforderungen der SYRIZA-geführten Regierung.

Ebenfalls ins Gespräch kam ein »Brückenprogramm«, mit dem die Europäische Zentralbank Griechenland in einem Vorgriff auf ein späteres Kreditpaket unter bestimmten Umständen vorab Liquidität zur Verfügung stellen

könnte – jedenfalls nach Ansicht des österreichischen Notenbankchefs Ewald Nowotny, der im EZB-Rat sitzt. In der Eurogruppe wurden solche Überlegungen von den Vertretern jener Länder zurückgewiesen, die für eine kompromisslose Linie gegenüber Athen plädieren.

Nach dem Referendum in Griechenland treten nun die Differenzen innerhalb Europas über die Krisenpolitik deutlicher zutage. Während Deutschland, osteuropäische und die Baltenstaaten sowie Finnland eine harte Linie verfolgen, wirbt Frankreich mit Ländern wie Italien und Luxemburg für Zugeständnisse.

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat derweil ein Signal gegen den immer lauter werdenden Chor der Grexit-Befürworter etwa in Deutschland ausgesandt. In Straßburg sagte er mit Blick auf den Euro: »Niemand darf die Griechen hinauswerfen wollen.« mit Agenturen Seite 2

Pegida will bei Landtagswahlen antreten

Bachmann kündigt eigene Kandidaten an / Tumulte in Freital

Leipzig. Der Mitbegründer der rechten und anti-islamischen Pegida-Bewegung, Lutz Bachmann, hat angekündigt, dass sein Bündnis künftig bei Landtagswahlen antreten will. »Wir werden bei den im nächsten Jahr in Deutschland anstehenden vier Landtagswahlen Kandidaten ins Rennen schicken«, sagte Bachmann nach Angaben der »Leipziger Volkszeitung« bei einem Aufmarsch am Montagabend in Leipziger Pegida werde dabei aber nicht als Partei, sondern als Bürgerbewegung agieren. »Zum ersten Mal werden wir am 16. März bei den Wahlen in Baden-Württemberg versuchen, mit Direktmandaten in den Landtag zu kommen«, so Bachmann.

Am Montagabend waren die rechten Netzwerke Pegida und Legida in der Messestadt gemeinsam aufmarschiert – nach Polizeiangaben waren etwa 800 Anhänger gekommen. Laut einer Sprecherin des Aktionsnetzwerkes »Leipzig nimmt Platz« versammelten sich bis zu 3000 Teilnehmer auf den Gegenkundgebungen.

Im sächsischen Freital kam es indes am Montagabend auf einer Bürgerversammlung zum Thema Asyl zu Tumulten. Sächsischer Innenminister Markus Ulbig (CDU) wurde von Flüchtlingsfeinden ausgebuht, Unterstützer der Asylsuchenden wurden niedergeschrien und ihnen wurde das Mikrofon entrisen. In dem Ort kommt es seit Wochen zu rassistischen Demonstrationen gegen das örtliche Flüchtlingsheim. Agenturen/nd Seite 6

Koalition erblasst vor Firmenerben

Steuerprivilegien sollen nun doch weitgehend erhalten bleiben

Frankfurt/Main. Nach monatelanger Debatte will das Bundeskabinett an diesem Mittwoch den Gesetzentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer beschließen. Ein Sprecher des Finanzministeriums bestätigte Medienberichte über einen Kompromiss bei der umstrittenen Neuregelung für Firmenerben. Diese war vom Verfassungsgericht gefordert worden, das die bisherigen Steuervergünstigungen als zu umfangreich bemängelt und den Gesetzgeber zu einer Reform bis Juli 2016 gedrängt hatte.

Ein erster Entwurf von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) war in der Union und von Wirtschaftsverbänden kritisiert worden, die vor Jobverlusten warnten. Nach der Überarbeitung sind nun wieder großzügigere Regeln geplant, um Firmenerben von der Steuer zu befreien – wenn sie den Betrieb weiterführen und Arbeitsplätze erhalten.

Einigen Wirtschaftsverbänden reicht dies immer noch nicht. So kritisierte DIHK-Präsident Eric Schweitzer, dass das Privatvermögen eines Unternehmenserben einbezogen werde. Dagegen warf LINKE-Chef Bernd Rixinger der Koalition vor, sie sei vor den Firmenerben eingeknickt. DGB-Vorstand Stefan Körzell erklärte, es gehe nicht um den Erhalt von Jobs. Dies sei »lediglich ein schlechtes Feigenblatt, um die Schonung großer Vermögen zu kaschieren.« Agenturen/nd Seite 16

Lesen Sie heute im Ratgeber

Seit 1. Juni 2015 gilt das Bestellerprinzip: Wie läuft das jetzt mit den Maklern?

Facharzttermine sollen binnen vier Wochen vergeben werden

Vor Reiseantritt: Tipps für Krankenschutz und Mietwagen

ISSN 0323-3375

